

Interviews, in denen sie zur Solidarität mit den Amerikanern und den Alliierten im Kampf gegen den Diktator in Bagdad aufrief.

Einzig die religiös orientierten Parteien profitieren von den anti-amerikanischen und pan-islamischen Gefühlswallungen. Bisher relativ unbedeutende Gruppierungen wie die 'Jamaat-e-Ulema-e-Pakistan' unter ihrem Chef Maulana Noorani zählten bei ihren Kundgebungen plötzlich Tausende von begeisterten Anhängern. Sie könnten auf Dauer für die etablierten Massenparteien zu einer ernsthaften Konkurrenz werden. Zu oft haben die leeren Versprechungen einer neuen Regierung die Erwartungen und Hoffnungen gerade der armen Bevölkerung enttäuscht. Nur von den Mullahs mit ihren griffigen Feindbildern und radikalen Forderungen fühlt sich das Heer der Verzweifelten verstanden und wirkungsvoll vertreten. Die Rückbesinnung auf islamische Werte und Ideale flößt außerdem neues Selbstbewußtsein ein, das nach politischer Entfaltung drängt. Das Vertrauen in die Demokratie jedenfalls ist erschüttert, wie schon die niedrige Beteiligung bei der letzten Wahl gezeigt hat. Die Begeisterung für Saddam Hussein beweist, daß sich viele nach einer starken Führerpersönlichkeit sehnen, die den Weg in eine bessere Zukunft ebnen könnte. Dies ist ein Potential, das auch eine Übernahme der Macht durch die Armee begrüßen würde, zumal General Begs öffentliche Stellungnahmen seit einiger Zeit formal und inhaltlich den Äußerungen religiöser Führer immer ähnlicher werden. Das darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Angehörige der Armee, vor allem Offiziere, traditionell westlichem Lebensstil durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Beobachter weisen aber darauf hin, daß die



General Beg (aus: 'Herald')

Generalität zunehmend Bereitschaft zeigt, eine weitere Islamisierung des Landes in Kauf zu nehmen, wenn dies der Preis sein soll für die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele.

Nawaz Sharif kann in Zukunft nur auf die Vernunft und den Weitblick aller Beteiligten hoffen, und darauf, daß sich der Westen trotz der Irritationen doch noch zu einer kräftigen Finanzspritze durchringt. Der Status quo wird langfristig auch dann kaum einzufrieren sein, denn als Fazit bleibt festzuhalten, daß durch den Golfkrieg das Machtgefüge in Pakistan in Bewegung geraten ist. Nach allem, was sich am Horizont abzeichnet, wird die innenpolitische Demarkationslinie nicht mehr zwischen Sozialisten und Konservativen, PPP und IJI, Fabrikanten und Feudalherren verlaufen, sondern zwischen Mullahs und Liberalen, Traditionalisten und Modernisten, Arm und Reich.

Jorge Scholz

## INTERVIEW

mit Amir Qazi Hussain Ahmed von der religiösen 'Jamaat-e-Islami' Partei

**Warum haben Sie sich in der strittigen Frage des Golfkrieges so heftig dem Premierminister widersetzt?**

Ich bin persönlich nicht gegen Nawaz Sharif, noch möchte ich die 'Jamaat-e-Islami' von der Macht verdrängen. Wir sind einfach gegen die amerikanische Aggression gegen ein muslimisches Land. Ich weigere mich diese Theorie zu akzeptieren, daß Präsident Bush die Befreiung Kuwaits anstrebte. Es ist ihr eigenes unabdingbares Interesse, das sie dazu getrieben hat, Soldaten im Mittleren Osten zusammenzuziehen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bush-Administration den Ölreichtum der muslimischen Länder an sich reißen will und einen Vorwand geschaffen hat, um in die Region einzufallen. Wir sollten alle erkennen, daß Amerika dabei ist, die Reichtümer der Arabischen Welt abzusaugen, und es ist sehr traurig, daß Kuwait und Saudi Arabien Bush und seinen westlichen Verbündeten die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ich möchte hier betonen, daß die USA eine neue Weltordnung durch Lähmung der Muslime in der Welt schaffen möchten. Bush ist mit aller Macht dabei, eine neue Art von

Imperialismus zu errichten und will die Muslime zu drittklassigen Menschen machen.

**Wie beurteilen Sie die wiederholten Stellungnahmen des Armeestabchefs Beg, welche indirekt die Golfpolitik der Regierung kritisieren?**

Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung, und wir dürfen diese Praktik, daß General Beg oder sonst jemand der Streitkräfte außenpolitische Stellungnahmen verbreitet, nicht dulden. Es ist das alleinige Recht der zivilen Regierung, die Außenpolitik zu formulieren, die Armee muß sich da heraus halten. Wir sollten alle einsehen, daß Außenpolitik nicht die Domäne der Armee ist. Ich denke, es ist nicht förderlich, die zivile Regierung in außenpolitischen Fragen in Schwierigkeiten zu bringen. General Beg hat einige bedenkliche Präzedenzfälle geschaffen. Ich mag mit dem, was er sagt, übereinstimmen. Aber dies ist keine Art, der gewählten Regierung Steine in den Weg zu legen. Die Bevölkerung fragt sich, warum die Armee in die zivile Ordnung eingreift und warum es notwendig ist, bei jedem Problem den Standpunkt der Armee zu übernehmen. Die Armee sollte sich nur um die Verteidigung unseres Landes kümmern.

(Auszüge aus einem Interview, das in 'Herald', Karachi, erschien. Übersetzung: Jorge Scholz)